Hermann Winkler Dr. Peter Jahr

Mitglieder des Europäischen Parlaments

EUROPABRIEF

EVP-Fraktion

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament

Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 4 – April 2012

Liebe Leserinnen und Leser,

„Neues EU-Arbeitszeitgesetz gefährdet Ehrenamt in Deutschland“ - so titelten auch einige deutsche Zeitungen in den vergangenen Tagen. In den Reihen der Freiwilligen Feuerwehren entstand nach diesen Medienberichten ein Flächenbrand der Verunsicherung und auch uns erreichten eine Vielzahl besorgter Nachfragen.

Es gibt Entwarnung aus Brüssel und damit keine Arbeitszeitbeschränkungen für ehrenamtliche Retter! Seitens der Europäischen Union ist es derzeit nicht geplant, mit einer Neuregelung der Arbeitszeit-Richtlinie das Engagement freiwilliger Feuerwehrleute und anderer ehrenamtlich Tätiger zu begrenzen. In der Öffentlichkeit war leider der Eindruck entstanden, dass die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden künftig auch das Ehrenamt mit umfassen soll.

Freiwilligenarbeit ist in nahezu allen Bereichen eine zentrale Säule unserer Gesellschaft und hat besonderen Schutz und Anerkennung verdient. Daher sind wir erleichtert und erfreut, die Furcht vor unnötigen Einschränkungen zerstreuen zu können. Nach aktuellem Stand droht keine Gefahr für das Ehrenamt im deutschen Brand– und Katastrophenschutz.

An dieser Stelle möchten wir die Gelegenheit nutzen allen ehrenamtlichen Aktiven für Ihren vorbildlichen Einsatz zu danken — ohne das bürgerliche Engagement würden viele gesellschaftliche und soziale Bereiche unseres Lebens heute so nicht existieren!

Es grüßen Sie herzlich aus Brüssel

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SCHLAGLICHTER

1 Europa aktuell

EU-Fluggastdatenabkommen mit USA bewilligt

Benachteiligung sächsischer Landwirte durch Wegfall von „benachteiligten Gebieten“

Dem Zahn der Zeit zum Trotz: Kulturerbeforschung ab 2014

Start der Europäischen Bürgerinitiative

2 Standpunkt

Absage an Diesel-Steuer: Falsche Idee zum falschen Zeitpunkt

3 Sachsen & Europa

Sächsische Terminvorschau

Impressum

Hermann Winkler MdEP und Dr. Peter Jahr MdEP

Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Telefon: +32 228 37306 und +32 228 47195

E-Mail: hermann.winkler@europarl.europa.eu und peter.jahr@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

Europa aktuell

Parlament stimmt Fluggastdatenabkommen mit den USA zu

Ab dem 1. Mai 2012 wird es für EU-Bürger bei Reisen in die USA mehr Datenschutz und Rechtssicherheit geben. Das Europaparlament billigte ein von der Kommission und den USA ausgehandeltes Abkommen, das die Sammlung von Passagierdaten reguliert. Das sogenannte Fluggastdatenabkommen regelt die rechtlichen Voraussetzungen für eine Datenübertragung und umfasst Themen wie Aufbewahrungsfristen, Zweck der Datennutzung, Datenschutzgarantien und rechtliche Einspruchsmöglichkeiten. Beispielsweise haben EU-Bürger nun übereinstimmend mit US-Recht Anspruch auf administrative und rechtliche Wiedergutmachung, sollten ihre Daten missbräuchlich verwendet werden. Fluggastdatensätze (PNR-Daten) werden bei Reisen in oder aus den USA durch die Fluggesellschaften bei der Buchung erhoben und umfassen unter anderem Namen, Adresse, Kreditkartendaten und Platznummer des Passagiers. Nach US-Recht müssen Fluggesellschaften diese Daten vor Abflug dem Department of Homeland Security zur Verfügung stellen. Auch wenn wir Europäer nicht alle Forderungen durchsetzen konnten, haben die USA einen großen Schritt auf uns zu gemacht - der Nebel der Rechtsunsicherheit hat sich gelichtet. Als souveräner Staat sind die USA grundsätzlich berechtigt, Informationen und Daten von Einreisenden abzufragen. Die Datenschutzstandards wären ohne das Abkommen weitaus niedriger. Damit unterstützt die EU die USA weiter beim Anti-Terrorkampf und bei der Bekämpfung von schwerer Kriminalität.

Benachteiligung sächsischer Landwirte durch Wegfall von "benachteiligten Gebieten"

Gegenüber der EU als "benachteiligtes Gebiet" zu gelten, mag negativ klingen, ist jedoch äußerst positiv. Das betreffende Gebiet qualifiziert sich dadurch für zusätzliche Unterstützung im Landwirtschaftssektor, um von der Natur bedingte Nachteile auszugleichen.
Die Kriterien zur Bestimmung solcher "benachteiligter" Gebiete stehen aktuell auf dem Prüfstand. Viele Europaabgeordnete sprechen sich gegen die von der Kommission neu vorgeschlagenen Kriterien aus, da sie eine ungerechte Behandlung europäischer Bauern fürchten. "Der Ansatz der Kommission, ein EU-weit einheitliches Abgrenzungssystem einzuführen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings bezweifele ich sehr, dass die vorgeschlagenen Kriterien dafür geeignet sind.", so Agrarexperte Dr. Peter Jahr.
Es wird vermutet, dass die neuen Kriterien zu einer Verschiebung von fast einem Drittel der jetzigen "benachteiligten" Gebiete in Deutschland führen würden. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen allerdings noch konkrete Daten, um die Konsequenzen der neuen Kriterien genau einschätzen zu können, sodass die Arbeit des Europäischen Parlaments zu diesem Thema noch nicht beendet ist.

Dem Zahn der Zeit zum Trotz: Kulturerbeforschung ab 2014

Zeugnisse der Vergangenheit wie Schriftstücke, Gemälde oder historische Gebäude, sind nicht nur ein wesentlicher Identitätsstifter in Europa, sondern vor allem im Tourismusland Sachsen auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Doch was einmal zerfallen oder zerstört ist, ist unwiederbringlich verloren: Für die Erhaltung dieses europäischen kulturellen Erbes ist die Forschung zur nachhaltigen Bewahrung zwingend erforderlich. Seit 1986 wird die sogenannte Kulturerbeforschung von der EU finanziell unterstützt. Einrichtungen wie die Fraunhofer-Institute in Dresden und in Leipzig bündeln mit Hilfe dieses EU-Programms ihre Kompetenzen, um gemeinsam neue Verfahren und Technologien für die Restaurierung und Konservierung von Kulturgütern zu entwickeln. Doch damit soll nach den Plänen der Kommission ab 2014 Schluss sein. Im Rahmen des 8. Forschungsrahmenprogramms -HORIZON 2020- möchte die EU-Kommission den Bereich Kulturerbe in der Forschungsförderung nun komplett streichen. Das hätte verheerende Folgen, denn ohne Forschung geben wir Kulturgüter dem Verfall preis. Sachsen ist weiterhin auf die Gelder angewiesen. Hermann Winkler und Peter Jahr werden sich gemeinsam in den nun anstehenden Verhandlungen im Europäischen Parlament entschieden für die weitere Unterstützung der Kulturerbeforschung auch nach 2014 einsetzen.

START DER EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE

Seit dem 1. April ist es EU-Bürgerinnen und Bürgern möglich, die Europäische Kommission zu einem Gesetzesvorschlag aufzufordern. Dazu müssen mindestens eine Million EU-Bürgerinnen und Bürger aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten eine Initiative unterstützen. Die Bürgerinitiative soll es den EU-Bürgern ermöglichen, direkten Einfluss auf die Handlungen der Europäischen Institutionen zu nehmen und selber Gesetze auf den Weg zu bringen. Insgesamt soll dieses neue Verfahren dazu beitragen, mehr Menschen für die Arbeit der Europäischen Union zu interessieren und Europa somit moderner und ein Stück bürgernäher zu gestalten.
Möchten Sie mehr über die Bürgerinitiative erfahren, suchen Sie eine bestimmte Initiative, oder überlegen Sie selbst eine Initiative zu starten?
Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments.

Absage an Diesel-Steuer: Falsche Idee zum falschen Zeitpunkt

Noch höhere Dieselpreise an den Zapfsäulen – diese Befürchtung aufgrund jüngster Meldungen aus Brüssel hat Bürger und Automobilindustrie in Deutschland aufschrecken lassen. Zu Recht!

Nach einem Vorstoß der Europäischen Kommission sollten unterschiedliche Kraftstoffe wie Benzin, Diesel oder auch Biosprit mit Blick auf den Klimaschutz vergleichbar gemacht werden. Dabei geht es vor allem um die Steuersätze: Gemäß einer neuen Methodik sollten für Kraft- und Brennstoffe Mindeststeuersätze berechnet werden, welche sich nach Energiegehalt und Kohlendioxidausstoß richten. Da Diesel nicht nur energiehaltiger ist, sondern bei seiner Verbrennung bedingt durch den höheren Kohlenstoffanteil auch mehr Kohlendioxid entsteht, wäre der Mindeststeuersatz entsprechend höher als bei Benzin. Nun mag es langfristig gesehen durchaus sinnvoll sein, die Besteuerung von Energieträgern von ihrer Umweltfreundlichkeit abhängig zu machen. Aus verschiedenen Gründen wäre es derzeit aber insbesondere für Deutschland fatal.

Zum einen ist der Kommissionsvorschlag von einem Denkfehler gekennzeichnet. Denn die Fachwelt ist sich weitgehend einig, dass Dieselmotoren einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung des CO2-Ausstoßes im Straßenverkehr leisten können. Zwar ist der Kohlendioxidausstoß pro verbranntem Liter Diesel höher, doch haben moderne Dieselmotoren einen sehr hohen Wirkungsgrad und verbrauchen deutlich weniger als andere Verbrennungsmotoren. Vereinfacht gesagt: Weil weniger Kraftstoff verbrannt wird, entstehen auch weniger Abgase. Eine Art Strafsteuer auf Diesel würde die Anschaffung derartiger Fahrzeuge allerdings unattraktiv machen und zu einem Zuwachs bei verbrauchs- und CO2-intensiven Autos mit Ottomotor führen. Im Ergebnis würde die EU-Kommission das Gegenteil dessen erreichen, das sie anstrebt. Darüber hinaus wäre auch der industriepolitische Schaden immens. In Europa und vor allem in Deutschland werden die derzeit fortschrittlichsten und umweltfreundlichsten Dieselmotoren entwickelt und gebaut. Diese Technologieführerschaft zugunsten einer ideologisch motivierten Energiesteuer zu gefährden, ist gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen ökonomischen Situation in der EU schlichtweg Irrsinn.

Zum anderen erweist sich der Vorschlag der Kommission angesichts der ohnehin hohen Kraftstoffpreise als überaus brisant. Dies ist nicht zuletzt auf den so genannten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zurückzuführen. Dieser besagt, dass sich das Verhältnis zwischen den Mindeststeuersätzen für verschiedene Kraftstoffe auch im nationalen Steuerrecht widerspiegeln muss. Da Benzin in Deutschland bereits jetzt vergleichsweise hoch besteuert wird, wäre der Preissprung beim Diesel also noch gravierender. Daher hat das Europäische Parlament dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz eine klare Absage erteilt! Eine "produktneutrale" Besteuerung von Energieträgern darf nicht dazu führen, dass Dieselkraftstoff seine Steuervorteile gegenüber Benzin einbüßt!

„Wer in der derzeitigen Situation Wirtschaft und Verbrauchern ohne Not noch höhere Dieselpreise zumuten will, bewirbt sich um den Titel der Konjunkturbremse 2012.“

Hermann Winkler

Der EU-Kommission fehlt in der Frage der Kraftstoffbesteuerung nicht nur der rote Faden, sie agiert leider auch zu kurzsichtig. Wer in der derzeitigen Situation Wirtschaft und Verbrauchern ohne Not noch höhere Dieselpreise zumuten will, bewirbt sich um den Titel der Konjunkturbremse 2012. Insbesondere der Automobil- und Logistikstandort Sachsen und die zahlreichen Berufspendler hätten unter derartigem Unsinn zu leiden.

Da die erhöhte Besteuerung von Diesel auch für die Bundesregierung nicht akzeptabel ist, steht die Gesetzesinitiative nun vor dem Aus. Denn die Entscheidung über die Diesel-Steuer muss von den 27 EU-Finanzministern einstimmig getroffen werden, während das Europaparlament in Steuerfragen nur ein eingeschränktes Mitspracherecht hat. Dennoch hat unsere Entscheidung gegen eine höhere Diesel-Steuer wichtigen Symbolcharakter. Mit der Ablehnung dieser unsinnigen Pläne konnten wir in der Öffentlichkeit zumindest dem Eindruck entgegentreten, dass auf Ebene der EU nur weltfremde Entscheidungen am grünen Tisch getroffen werden.

Sachsen & Europa

Ossis unter sich - Antrittsbesuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck in Straßburg

Bundespräsident Joachim Gauck ist ein überzeugter Europäer: Bei seinem Antrittsbesuch im Europäischen Parlament in Straßburg warb das Staatsoberhaupt in seiner gewohnt erfrischenden Art und einer Prise Humor bei den deutschen Europaabgeordneten für ein "Ja zu Europa" und ein stärkeres Zusammenwachsen der EU. Mit den Worten „Der demokratische Wettstreit, wie er hier gepflegt wird, ist es, der Europa voran bringt.“ verewigte er sich im Ehrenbuch des Europaparlaments. Am Rande seines Parlamentsbesuchs in Straßburg fand sich auch noch die Zeit für ein kurzes Treffen mit den ostdeutschen Europaparlamentariern Joachim Zeller, Dr. Peter Jahr, Werner Kuhn, Hermann Winkler und Dr. Dieter-Lebrecht Koch (v.l.n.r.).

Seniorenkolleg an der TU Chemnitz

Gerne war Dr. Peter Jahr der Einladung der Gesellschaft der Freunde der Technischen Universität Chemnitz e.V. gefolgt, um bei einer Vorlesung im Rahmen des Seniorenkollegs zur Europäischen Union zu referieren. Das Seniorenkolleg an der TU Chemnitz wurde 1993 gegründet und umfasst mittlerweile rund 800 eingeschriebene Hörer. Zahlreiche Teilnehmer kamen in den gut gefüllten Zentralen Hörsaal der TU Chemnitz, um sich von Peter Jahr über die Funktionen und die Arbeit des Europäischen Parlaments berichten zu lassen. Dabei versuchte der sächsische Europaabgeordnete auf zentrale Vorurteile gegenüber der EU einzugehen und diese zu entkräften. Peter Jahr zeigte sich nach der Veranstaltung sehr erfreut über die Möglichkeit mit dem interessierten und gut informierten Auditorium über aktuelle Themen der europäischen Politik diskutiert haben zu können.

Europa für alle Generationen—Vortrag bei der Senioren Union Landkreis Leipzig

Europa ist ein Projekt für alle Generationen. Und gerade bei jenen, welche Gewalt und Teilung auf unserem Kontinent selbst miterlebt haben, ist das Interesse an europäischer Politik besonders groß. Dies durfte auch Hermann Winkler erneut feststellen, als er am 30.03.2012 bei der Senioren Union Landkreis Leipzig seine Arbeit als Europaabgeordneter vorstellte. Neben der Funktionsweise des Europäischen Parlaments und eher persönlichen Fragen, wie nach der Vereinbarkeit von Mandat und Familienleben, standen dabei auch die aktuellen Themen der Tagespolitik auf der Agenda. Bei Kaffee, Kuchen und angeregten Gesprächen klang der Nachmittag schließlich aus.

Europawoche in Sachsen vom 2. bis 4. Mai 2012

Vom **2. bis 14. Mai 2012** findet dieses Jahr die Europawoche in zahlreichen deutschen Städten statt. Erinnert wird damit an die Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman, der am 9. Mai 1950 den Grundstein für die heutige Europäische Union legte. Ziel der Europawoche ist es, über die Geschichte der europäischen Integration, aktuelle Entwicklungen und anstehende Herausforderungen zu diskutieren. Das Programmheft zu den Veranstaltung der Europawoche in Sachsen finden Sie hier: http://www.europa.sachsen.de/download/Programmheft.pdf

SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen auf der Website oder auf Anfrage.

01.05.2012 *Eröffnung des Oldtimertreffens mit Dr. Peter Jahr in Hartmannsdorf*
02.05.2012 *Offenes Forum „Politik trifft Wirtschaft“ mit Hermann Winkler, Finanzbürgermeister der Stadt Leipzig Torsten Bonew und Robert Clemen MdL in der Sternburg Brauerei / dem Leipziger Brauhaus*
02.05.2012 *CDU-Stammtisch mit Dr. Peter Jahr in Lunzenau*
03.05.2012 *Vortrag Hermann Winkler „Mehr Sachsen in Europa - Chancen und Herausforderungen in der Mitte Europas" bei der öffentlichen Veranstaltung der CDU Bad Schandau mit Jens Michel MdL in Bad Schandau*
03.05.2012 *Besuch Dr. Peter Jahr beim Landwirtschaftsbetrieb Göbel & Zschommler mit Ministerpräsident Stanislaw Tillich in Großschirma*
04.05.2012 *Europafest von Hermann Winkler zum Auftakt der Europawoche 2012 in Panschwitz-Kuckau/OT Lehndorf*
07.05.2012 *Vortragsveranstaltung mit Hermann Winkler „Diskussion über Europa und das europäische (Er)Leben" des EUROPE DIRECT Informationszentrums Erzgebirge (EDIC) zur Bedeutung von Partnerstädten in Stollberg*
11.05.2012 *Landwirtschaftsforum mit Dr. Peter Jahr in Halsbrücke*